

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

(81. - öffentliche - Sitzung am 25. Februar 2016)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Heimgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3914](#)

dazu: Eingaben

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs fort.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung der Gleichwertigkeit und der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5084](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung mit einer Frist zur Abgabe der Stellungnahmen bis zum 16. März 2016 durchzuführen, und legte den Kreis der Anzuhörenden fest. Das weitere Verfahren zur Beratung des Gesetzentwurfs soll in der Sitzung am 17. März 2016 festgelegt werden.

3. **Entwurf eines Gesetzes über die Pflegekammer Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5110](#)

Der Ausschuss behandelte Verfahrensfragen. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf in der Sitzung am 17. März 2016 eine ganztägige Anhörung durchzuführen, und legte den Kreis der Anzuhörenden fest.

4. **Personelle Ausstattung in den Pflegeheimen verbessern**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5086](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags.

5. **Investitionsprogramm 2015 für Krankenhausbaumaßnahmen**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/5105](#)

Der Ausschuss nahm das Investitionsprogramm 2015 für Krankenhausbaumaßnahmen zur Kenntnis.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Krebsneuerkrankungen in Bothel und Rotenburg**

Aus Zeitgründen setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Vereinbarung nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung der Vorschriften über die Förderung der Freien Wohlfahrtspflege**

Aus Zeitgründen setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Scheitern der Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages Soziales in der Altenpflegeausbildung und zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen**

Aus Zeitgründen setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

9. **Unterrichtungswünsche**

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich durch die Landesregierung über die Gewährung medizinischer Leistungen für Schwangere und Minderjährige im Bereich der Asylbewerber und Flüchtlinge unterrichten zu lassen.